



Vom Gemeinderat

Protokollauszug der Gemeinderatssitzung vom 24.02.2021

Tagesordnung:

1. Fragen der Einwohner
2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung
Einbringung
3. Einrichtung eines Bestattungsfeldes „Bestattung unter Bäumen“ im Friedhof Hüffenhardt
Vorstellung der Planung
4. Kalkulation der Abwassergebühren der Gemeinde Hüffenhardt
Auftragsvergabe
5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
6. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
7. Fragen der Einwohner

Zu Punkt 1:

Von den anwesenden Zuhörern werden keine Fragen an Gemeinderat oder Gemeindeverwaltung gestellt.

Zu Punkt 2:

Sachverhalt

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2021 wurde in den Klausurtagungen am 10.10.2020 und am 16.01.2021 vorberaten. Die Ergebnisse wurden in den Haushaltsplan eingearbeitet.

Bürgermeister Neff führt dazu folgendes aus:

„Werte Frau Rieger, werte Herren des Gemeinderates, vor Ihnen liegt der Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021. Das vorliegende Zahlenwerk ist alles andere als erfreulich. Hier muss ich mich aus dem Vorjahr wiederholen. Leider!

Die Haushaltszahlen weisen in eine entgegengesetzte Richtung. Sie steuern in einen falschen Kurs.

Erneut und wiederholt und auch für die beiden kommenden Jahren weist der Ergebnishaushalt ein dickes Minus aus. Für 2021 erwarten wir ein veranschlagtes Gesamtergebnis von minus (-) 900.000 Euro.

Trotz sparsamer Haushaltsbewirtschaftung, eingeplanten Erhöhungen bspw. bei den Hebesätzen der Grundsteuer A und B fällt das Ergebnis nicht nur „mangelhaft“ sondern „ungenügend“ aus. Pandemie bedingte Auswirkungen sind hierbei noch nicht einmal betrachtet.

Unsere gesetzlichen Aufgaben als Kommune haben wir dennoch zu erfüllen. Auch bei den freiwilligen Aufgaben, sieht die Verwaltung wenig Spielraum. Denn so üppig sind diese freiwilligen

Leistungen ohnehin nicht, dass bei Einstellung oder Nichtgewährung aus dem dicken Minus ein Plus entstehen würde.

Hier zeigt sich die Systematik des Finanzausgleiches im Rahmen der Schlüsselzuweisungen, von denen wir als Kommune abhängig sind und darauf keinen direkten Einfluss haben.

Am Beispiel der Kreisumlage will ich dies verdeutlichen. Trotz Senkung des Hebesatzes von 31 v.H. auf 29 v.H. gegenüber dem vorigen Jahr 2020 also um 2 %-Punkte, müssen wir in Summe rd. 53.000 Euro mehr und damit 828.000 Euro an die Kreiskasse abführen. Dies dank einer guten Steuerkraftzahl aus dem Jahr 2019.

Um den Haushalt zu finanzieren, werden wir ohne Kreditaufnahme nicht auskommen. Hier sind 500.000 Euro vorgesehen.

Die guten finanziellen Jahre sind vorerst einmal vorbei. Nur sparsam wirtschaften, was sowieso gemacht wird, wird aber leider nicht ausreichen.

Es werden Mehrbelastungen auf unsere Bürgerinnen und Bürger zukommen.

Eingeplant und berücksichtigt sind Erhöhungen bei

- den Hebesätzen der Grundsteuer A und B. Von der derzeit 350 v.H. um 50 v.H. auf 400 v.H.;
- Gebühren und Beiträgen, entsprechend noch durchzuführender Kalkulationen;
- Anpassung der Elternbeiträge in der Kindergartenbetreuung, in mehreren Schritten, um die Vorgabe, dass mindestens 20 % der Kosten durch Elternbeiträge getragen werden sollen, auch zu erreichen.

Sicherlich kein günstiger Zeitpunkt für Erhöhungen jedweder Art. Gerade in der derzeitigen Corona-Krisen-Zeit nicht. Aber wann ist schon ein günstiger Zeitpunkt für Erhöhungen? Den wird es nicht geben. Ich bin mir bewusst, was wir mit den geplanten Erhöhungen den Betroffenen aufbürden. Bei Vielen ist Pandemiebedingt nicht abzusehen, wie sich die jeweilige persönliche und individuelle Lage entwickeln wird.

Wie bereits eingangs kurz erwähnt, sind im vorliegenden Zahlenwerk die Auswirkungen der Corona-Krise noch in keinsten Weise berücksichtigt. Dass wir aber Auswirkungen in finanzieller Hinsicht zu spüren bekommen, zeichnet sich jetzt schon ab. Darauf können wir uns heute schon einstellen.

Ich darf hierzu den neuen Präsidenten des Gemeindetages, Herrn Steffen Jäger zitieren:

„Wir müssen vergegenwärtigen, dass die Steuereinnahmen auf absehbare Zeit deutlich hinten dem zurückbleiben, was erforderlich wäre, um die vor der Krise erbrachten staatlichen Leistungen zu finanzieren. Hinzu kommen die Schulden, die zur Überwindung der Pandemie notwendigerweise aufgenommen wurden. Die Pandemie und ihre volkswirtschaftlichen Folgen haben eine Phase eingeläutet, in der die Politik sehr wahrscheinlich darüber entscheiden muss, welche Leistungen oder Standards nicht mehr oder zumindest nicht mehr uneingeschränkt fortgeführt werden können. Dies gelingt aber vermutlich nur mit dem Ansatz „weniger Staat, mehr Eigenverantwortung“. Nach langen Jahren eines stetigen Wachstums wird dies allen staatlichen Ebenen, aber auch der gesamten Gesellschaft, enorm viel abverlangen.“

Soweit die Aussagen des Präsidenten des Gemeindetages.

Festgestellt wurde in einem Vorgespräch mit der Rechtsaufsichtsbehörde, dass die Gemeinde Hüffenhardt ein strukturelles Finanzproblem hat.

Wie wir dieses in den Griff bekommen, werden die nächsten Jahre zeigen. Die „eine Lösung“ wird es schlicht und ergreifend nicht geben. Viele Faktoren spielen dabei sicherlich eine Rolle.

Soweit einige wenige Vorbemerkungen von mir zum Haushalt 2021.

Herr Salen, Ihr erster Haushalt für die Gemeinde Hüffenhardt.

Sie haben das Wort.“

Die Eckdaten der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan werden von Rechnungsamtsleiter Salen anhand der diesem Protokoll beigefügten Präsentation erläutert.

In der anschließenden Aussprache bezeichnet Gemeinderat Geörg die Finanzlage als schockierend, es fehle an Geld auch für die kommenden Jahre, in denen beispielsweise die dringende Sanierung der Mehrzweckhalle anstehe. Er spielt auf den Bürgerentscheid 2016 gegen die

Windkraftanlage im Großen Wald Hüffenhardt an. Pachteinnahmen in Höhe von 210.000 Euro jährlich fehlen nun, hinzu kommen die Planungsausgaben der Gemeinde und die Schadensersatzzahlung an den Betreiber. Die Gesamtausfälle summieren sich auf über eine Million. Dies sei schade und hätte nicht sein müssen.

Gemeinderat Siegmann widerspricht seinem Vorredner. Die Haushaltslage sei nur zum Teil durch die Windkraft so schlecht. Aber die Pachteinnahmen lagen seines Wissens nur bei 160.000 Euro, außerdem sei das Thema schon lange durch. Der Haushaltsausgleich werde unter anderem deshalb nicht geschafft, weil die Gemeinde immer mehr Pflichtaufgaben zu erfüllen habe bei immer geringerer finanzieller Unterstützung. Er sieht hier Bund und Land in der Verpflichtung, die finanziellen Rahmenbedingungen für Kommunen zu verbessern.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 zur Kenntnis.

-einstimmig-

Zu Punkt 3:

Auf die Beschlussfassung zum Standort in der Gemeinderatssitzung vom 28.01.2021 und die Vorlage mit grundsätzlichen Ausführungen wird verwiesen. Im nächsten Schritt soll nun die Planung vorgestellt und beschlossen werden, insbesondere hinsichtlich der Gestaltung der Gedenkstele mit den Namensschildern der Bestatteten.

Eine Skizze zur Gestaltung des Grabfeldes von Ortsbaumeister Torsten Hahn ist dem Protokoll beigelegt, sie wird von Ortsbaumeister Hahn erläutert. Anstelle der ursprünglich vorgesehenen 3 Bäume wird nun die Pflanzung von 2 Ahornbäumen vorgeschlagen, diese Bäume werden 5-6 Meter hoch und bilden eine kräftige Krone aus, so dass bei Wahl dieser Baumart 3 Bäume zuviel wären. Auf die Anzahl der Urnengrabplätze hat dies keine Auswirkung. Herr Hahn weist darauf hin, dass die Bäume zunächst sehr viel kleiner gepflanzt werden und sich Größe und Krone erst in 6-7 Jahren entwickelt haben werden. Bäume dieser Größe würden in der Anschaffung mehrere Tausend Euro kosten. Die wertvollen Anregungen aus der letzten Gemeinderatssitzung wurden aufgegriffen, am Rand des Grabfeldes soll nun ein gesplitteter halbrunder Platz mit Bank und Gedenksteinen entstehen, eingerahmt von Beeten mit Rosen und Gräsern, offen in Richtung Grabstätten. Die Bepflanzung ist wenig pflegeintensiv.

Hinsichtlich einer Gedenkstätte gibt es eine Unzahl von Möglichkeiten, von denen die Gemeindeverwaltung für dieses Grabfeld besonders geeignete Varianten vorstellen will. Es handelt sich jeweils um mehrere Stele, die als Ensemble zusammen errichtet werden sollen, die Ausführung einmal in Eichenholz, einmal in Schiefer, als weitere Alternative wäre auch Sandstein denkbar. Die Schildchen mit Namen und Geburts- und Sterbedaten der Bestatteten werden auf den Säulen bzw. Stele angebracht.

Beispiele werden in der Sitzung gezeigt.

Die Kosten werden überschlägig wie folgt geschätzt:

1. Naturstein, Mineral, Beton und Splitt 1000.- Euro
2. Bank in Eigenleistung, Material vorhanden, Hobel, Leim und Sägekosten gesamt 200.- Euro.
3. Baumpflanzung 2 Bäume 800 bis 1100.- Euro je nach Baumart.

4. Stelen 3 Stk Stärke ca. Breite ca. 25/8 cm, Höhe ca. 1,80 bis 2,00m. Breite für eine Schildreihe gerichtet je nach Ausführung Eiche, Schiefer oder Sandstein 400 – 800.- Euro.
5. Pflanzeerde, Rasensaat und Baumgestelle, Baggermiete ca. 900.- Euro.

Die Gesamtkosten Material für Pflanzen und Gerätemiete belaufen sich auf ca. 3400.- bis 4000.- Euro je nach Auswahl der Bäume und der Stelen.

Die Schieferstelen werden auch in einer Breite von 50 cm angeboten, dann wäre aber die Aufstellung von nur 2 Säulen sinnvoll.

Hinsichtlich der Materialwahl für die Stelen ist davon auszugehen, dass die Ausführung Eiche am kostengünstigsten, die Variante Sandstein am teuersten ist, wobei die Preise zwischen 400 bis 800 Euro jeweils für 3 Stelen liegen.

Nicht in der Kostenschätzung enthalten sind die Lohnkosten für Planung und Ausführung des Vorhabens durch Ortsbaumeister Hahn und das Bauhofteam. Die Eigenleistungen des Bauhofs werden auf ca. 160 Stunden geschätzt.

Gemeinderat Hagner äußert sich zufrieden mit Platzwahl und Gestaltung, insbesondere die von ihm vorgeschlagenen Eichenstelen hätte er sich als naturnahe, kostengünstige und haltbare Lösung vorgestellt. Gemeinderat Stark stimmt dem zu, regt aber an, die „Überdachungen“ nicht in Plexi- sondern in Echtglas auszuführen. Ortsbaumeister Hahn und Gemeinderat Hagner stimmen beide zu, diese Variante sei auch geplant und in jedem Fall vorzuziehen.

Gemeinderätin Rieger befürwortet das Konzept insgesamt, auch die vorgeschlagene Gestaltung findet ihre uneingeschränkte Zustimmung. Bezüglich der Materialwahl für die Gedenkstelen spricht sie sich für Eiche aus. Die Fläche sei aber zu klein und biete zu wenig Entwicklungsmöglichkeiten. Angesichts vieler freier Flächen im Friedhof hätte es hier ihrer Meinung nach bessere Lösungen gegeben.

Auch Gemeinderat Geörg spricht sich für Holzstelen aus, insbesondere handle es sich bei der Eiche um ein langlebiges Holz, man könne hier von 50-60 Jahren Haltbarkeit ausgehen, und insgesamt um eine heimische Baumart, die auch angesichts des Klimawandels eine Zukunft in unseren Wäldern habe.

Gemeinderat Siegmann äußert sich positiv über die Planung, allerdings hält auch er den Platz im Hinblick auf Ruhe und Pietät nicht für geeignet. Ihm hätte ein ruhigerer Platz abseits besser gefallen. Er schlägt vor, keinen Laubbaum zu nehmen wegen des Anfalls von Laub im Herbst.

Bei den Gedenkstelen hält er Eichenstelen ebenfalls für geeignet. Sollten Steinestelen genommen werden, ist er der Meinung, dass statt Schiefer heimischer Muschelkalk oder Buntsandstein bevorzugt werden sollte. Bedenken hinsichtlich Haltbarkeit teilt Ortsbaumeister Hahn nicht, wenn die Stelen entsprechend gepflegt werden.

Ortsbaumeister Hahn hält weiterhin die Baumart Ahorn für gut geeignet, alternative Nadelhölzer wie Kiefer oder Pinie seien nicht standortgerecht, andere Nadelbäume vertragen langanhaltende Trockenheit nicht gut. Gemeinderat Siegmann schlägt Ziermispeln vor.

Auch Bürgermeister Neff spricht sich für die Pflanzung von Ahornbäumen aus, die optisch etwas darstellen, der Pflegeaufwand sei aufgrund der großen Blätter gut zu bewältigen.

Gemeinderat Hagendorn spricht sich für Eichenstelen aus, schlägt allerdings eine Metallkappe statt des Glasabschlusses vor. Ortsbaumeister Hahn erklärt, dies sei machbar, allerdings sähe Glas filigranter aus. Gemeinderat Hagner plädiert für die Beibehaltung von Glas, da Metalle rosten.

Gemeinderat Hagendorn schlägt vor, den Standort von Bank und Stelen zu tauschen, dann wäre die Bank Richtung Aussegnungshalle ausgerichtet und könnte bei Trauerfeiern mitgenutzt werden. Ortsbaumeister Hahn sagt zu, den Vorschlag umzusetzen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung eines Bestattungsfeldes „Bestattung unter Bäumen“ im Friedhof Hüffenhardt wie im Sachvortrag dargestellt. Die Gedenkstelen sollen mit folgendem Material ausgeführt werden: Eichenstelen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Zu Punkt 4:

Bauamtsleiterin Ernst trägt vor, dass die Abwassergebühren der Gemeinde Hüffenhardt zuletzt für den Zeitraum 2019 – 2021 kalkuliert wurden. In diesem Jahr steht die Nachkalkulation der Abwasserbeseitigung für das Jahr 2020 und die Ermittlung der Straßenentwässerungskosten sowie die Gebührenkalkulation der zentralen Abwassergebühren für den Bemessungszeitraum 2022 – 2023 an. Das Ingenieurbüro Schmidt und Häuser GmbH, Nordheim, das bereits in der Vergangenheit die Abwassergebührenkalkulation für die Gemeinde Hüffenhardt durchgeführt hat, wurde um Erstellung eines Angebots gebeten.

Das Büro hat folgende Festpreise angeboten:

Erstellung einer umfangreichen Kalkulation der zentralen Abwassergebühren für den Bemessungszeitraum 2022-2023	4.000 Euro
Erstellung einer umfangreichen Nachkalkulation der zentralen Abwasserbeseitigung und Ermittlung des gebührenrechtlichen Ergebnisses im Jahr 2020	1.600 Euro.

Die genannten Festpreise verstehen sich zuzüglich der zum Zeitpunkt der Schlussrechnungsstellung geltenden gesetzlichen Mehrwertsteuer. Sämtliche Nebenkosten sind bereits enthalten.

Die Bearbeitungsdauer wird vom Ingenieurbüro auf 2-3 Monate ab Auftragserteilung und nach Erhalt sämtlicher notwendiger Unterlagen geschätzt.

Gemeinderat Siegmann bezieht sich auf eine Aussage von Ingenieur Häuser im vergangenen Jahr, wonach die Kalkulation für 3 Jahre erfolgen sollte, Bürgermeister Neff sagt zu, dies mit dem Büro abzuklären und gegebenenfalls den Auftrag um 1 Jahr zu erweitern.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe zur Nachkalkulation der Abwasserbeseitigung für das Jahr 2020 sowie die Ermittlung der Straßenentwässerungskosten zum geprüften Angebotspreis von 1.904,00 Euro (19 % MWSt) an das Büro Schmidt und Häuser GmbH, Schafhohle 1/1, 74226 Nordheim zu.
2. Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe zur Gebührenkalkulation der zentralen Abwassergebühren für den Bemessungszeitraum 2022 - 2023 zum geprüften Angebotspreis von 4.760 Euro (19 % MWSt) an das Büro Schmidt und Häuser GmbH, Schafhohle 1/1, 74226 Nordheim zu.

- **Einstimmig-**

Zu Punkt 5:

Aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 28.01.2021 gibt Bürgermeister Neff bekannt, dass die Arbeitszeit der Beschäftigten Kerstin Lais auf ihren Antrag auf 40 % reduziert wurde.

Zu Punkt 6:

Bürgermeister Neff gibt folgendes bekannt:

- In der Dezembersitzung hat der Gemeinderat das Einvernehmen zu einem Bauantrag zur Errichtung einer Dachgaube im Ortsteil Kälbertshausen abgelehnt. Das Einvernehmen musste aber nicht förmlich erteilt werden, da das Vorhaben bereits über den Bebauungsplan „Hälde“ zulässig ist.
- Ein Antrag auf Abbruch des Anwesens Hauptstraße 16 im Kenntnisgabeverfahren wurde eingereicht. Einwände werden aus dem Gremium nicht vorgebracht.
- Brandschutztechnik
Die Brandmeldeanlage Bürgerhaus Kälbertshausen ist in die Jahre gekommen und muss neu aufgebaut werden. Derzeit werden Angebote eingeholt, die Umsetzung ist für nächstes Jahr vorgesehen ebenso wie die Ertüchtigung der Anlage hier im Gebäude (Mehrzweckhalle).
- Die Schulung Landtagswahl findet am 01.03.2021 statt.
- Die nächste Sitzung des Gemeinderats ist geplant für Donnerstag, den 25. März 2021.

Gemeinderat Prinke äußert sich zu dem Elternbrief der evangelischen Kirchengemeinde zur Erhöhung der Kindergartenbeiträge und ist der Meinung, dass die Aussagen, der Kirchengemeinderat habe trotz großer Bedenken sich dem Hauptzahler, der politischen Gemeinde, nicht verwehren können und der Hinweis, die Eltern sollten sich mit Protesten an die Entscheidungsträger wenden, mit der Aussage von Pfarrer Ziegler in der letzten Sitzung, der eine gute Zusammenarbeit zwischen politischer und Kirchengemeinde bescheinigte, nicht in Einklang zu bringen sei. Er zeigt sich verwundert, dass der Brief von Bürgermeister Neff mitunterzeichnet wurde. Bürgermeister Neff kann die Auffassung, dass hier der Gemeinderat negativ dargestellt oder angegriffen wurde, nicht teilen.

Gemeinderat Siegmann ist der Meinung, der Gemeinderat sei der falsche Ansprechpartner, er sei nicht verantwortlich für die negative Entwicklung.

Zu Punkt 7:

Zu den Wortmeldungen liegen keine Eiverständniserklärungen zur Veröffentlichung vor.